Steuerverwaltungschef geht in Pension



Kanton Markus Beeler, Vorsteher der Steuerverwaltung, tritt in den Ruhestand. Dies heisst es in einer Mitteilung des Kantons Schwyz vom Mittwoch. «Nachdem er die Schwyzer Steuerpolitik während der letzten beiden Jahrzehnte wesentlich geprägt hat, verlässt er die kantonale Verwaltung per Ende September 2027.»

Markus Beeler trat im Jahr 1990 als Jurist in die kantonale Steuerverwaltung ein. Nach diversen internen Karriereschritten übernahm er 2005 die Position des Amtsvorstehers. Seine Amtszeit war geprägt von wesentlichen Entwicklungen in der Steuerpolitik.

Neben mehreren Reformen der Unternehmenssteuer und grossen Umwälzungen im Bereich der Besteuerung von natürlichen Personen verantwortete er insbesondere auch massgebende Digitalisierungsschritte sowie die Harmonisierung des Steuerprozesses inklusive der Zentralisierung der Steuersoftware. Unter seiner Führung festigte und baute der Kanton seine Position als steuerlich attraktiver Standort aus. «Er wird seiner Nachfolge einen wohl strukturierten, modernen Betrieb übergeben», heisst es in der Mitteilung. Die Position wird zeitnah öffentlich ausgeschrieben. *(see)*

Pfarrer Nussbaumer ist bald nicht mehr Dekan

Kirche Pfarrer Rudolf Nussbaumer, Steinen, gibt sein Amt als Dekan des Dekanats Innerschwyz nach acht Jahren ab. Ab Neujahr übernimmt Pater Adrian Willi, Morschach, das Amt. Der Dekan kümmert sich um die Pfarreien in Innerschwyz und vermittelt bei Problemen. *(red)*

FDP kommt neu daher dank Schwyzer Einfluss

Kanton Der «Freisinn», die Parteizeitung der FDP Schweiz, kommt in frischer Aufmachung neu daher. Dieser Tage wurde die neueste Ausgabe an die Mitglieder der FDP sowie an Medien und weitere Interessierte versandt.

Im neuen Kleid steckt viel Schwyzer Fachwissen: Verantwortlich für Inhalt und Konzept ist nämlich die Schwyzerin Nathalie Henseler. Die frühere persönliche Mitarbeiterin von Nationalrat Heinz Theiler arbeitet seit einem halben Jahr auf dem FDP-Generalsekretariat der Parteizentrale in Bern in der Kommunikation. Auch die Gestaltung stammt aus Schwyzer Hand: Der Wollerauer Thomas Heuberger hat das Layoutkonzept in enger Zusammenarbeit mit Henseler umgesetzt. *(adm)*



FDP-Generalsekretär Jonas Projer (ganz links) und das FDP-Kommunikationsteam mit der Schwyzerin Nathalie Henseler (Zweite von links) mit der neuen Parteizeitung. Bild: zvg

Neuer Zündstoff für den Zugersee

Im Kantonsrat ging es rund um die Belüftung des Zugersees hoch zu und her – nun gibts eine weitere Initiative.

Andreas Seeholzer

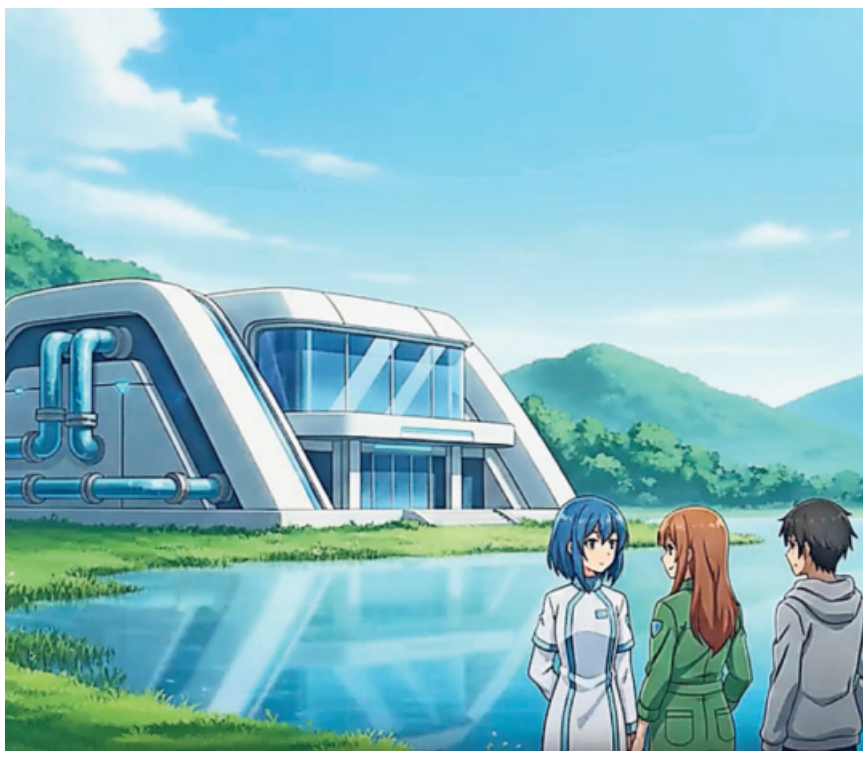
Die Zugerseebelüftung ist noch nicht vor das Stimmvolk des Kantons Schwyz gelangt, schon wird eine weitere Initiative für den Zugersee lanciert – und zwar in Zug die kantonale Volksinitiative «Zugersee Tiefenwasser – für eine echte Entfernung von Schadstoffen».

Der Schwyzer Kantonsrat hatte Ende Oktober entschieden, dass über die Seebelüftung das Schwyzer Stimmvolk abstimmen soll. Für die Kosten von 11,2 Millionen Franken ist ein Kostenteiler geplant von 80 Prozent für Zug, 19 Prozent für Schwyz und 1 Prozent für den Kanton Luzern.

Die neue Initiative rechnet mit Kosten von 15 bis 30 Millionen Franken – also bis zu dreimal mehr, als die Belüftung des Zugersees kosten würde. Laut Mathias Bachmann von Die Mitte Kanton Schwyz war im Kantonsrat Ende Oktober die neue Initiative, welche im Juni lanciert wurde, «nicht bekannt».

Kosten für Schwyz: Drei bis sechs Millionen Franken

Zu den Kosten heisst es im Initiativtext: «Der Kanton Zug übernimmt grundsätzlich die Kosten, und es soll unabhängig davon, soweit möglich, auf identifizierbare Verursacher Regress genommen werden.» Für Schwyz wären dies laut dem Kostenteiler der Belüftung 19 Prozent und bei Kosten von 15 bis 30 Millionen drei bis sechs Millionen Franken. Dabei sieht der Schwyzer Kantonsrat bereits bei der Belüftung zu wenig Nutzen in einer Beteiligung mit Kosten von 2,3 Millionen Franken sowie einem jährlichen Beitrag von 109'000 Franken an deren Betrieb.



Spezielle, futuristische Visualisierung – die neue Initiative plant «eine echte Entfernung von Schadstoffen» mit einer Wasseraufbereitung. Bilder: zvg



So sieht der Prozess aus, wie das Wasser des Zugersees gereinigt werden soll.

Für die neue Initiative ist bereits die Hälfte der nötigen Unterschriften – 1000 Stück – zusammengekommen. «Den Bergpreis haben wir schon gewonnen, also die Hälfte ist überschritten», sagt der Zuger Initiant David Meyer.

Meyer ist laut Initiative Ingenieur im Abwasserbereich, Mitglied der GLP und sitzt im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug. Im Kanton Zug gibt es bei Initiativen keine zeitliche Beschränkung für das Sammeln von Unterschriften. «Allerdings soll die Initiative durchaus in passabler Zeit zustande kommen», so Meyer. Nötig sind 2000 Unterschriften.

Wie die Aufbereitung von Trinkwasser

Die Seebelüftung entferne die Schadstoffe nicht, heisst es im Initiativtext zur Seewasserreinigung, «das Problem bleibt; man verschiebt es nur bis zur nächsten Quellfassung». Mit einer technischen Reinigungsanlage soll darum das Tiefenwasser aufbereitet werden, bevor es in den See zurückgegeben wird – ähnlich wie es in modernen Trinkwasseraufbereitungsanlagen geschieht.

Das Wasser wird dabei aus der Tiefe des Sees in einem Rohr nach oben geführt und aus dem Rohr in die Behandlungsbecken gepumpt. Dort durchfliesst es die Adsorptionsmittel, an welchen die Schadstoffe anhaften, während das gereinigte Wasser direkt in den See zurückgegeben wird.

Vielleicht werden also der Kanton Schwyz und der Kanton Zug beide über Initiativen zum Zugersee abstimmen – aber nicht mit demselben Inhalt.

Zentralschweiz will enger zusammenarbeiten

Kantone wollen ihre Zusammenarbeit in der Gesundheitsversorgung vertiefen – die Spitäler sollen aber bleiben.

Caroline Kälin

Wie kann die Gesundheitsversorgung in der Zentralschweiz künftig stärker über die Kantonsgrenzen hinweg koordiniert werden? Mit dieser Frage befasste sich die Zentralschweizer Gesundheitsdirektorinnen- und -direktorenkonferenz (ZGDK) an ihrer Herbstsitzung vom 5. November in Stans. Unter dem Vorsitz des Schwyzer Regierungsrats Damian Meier beschlossen die Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren der Kantone Schwyz, Uri, Zug, Obwalden, Nidwalden und Luzern einstimmig, die Zusammenarbeit weiterzuentwickeln.

Grundlage dafür ist eine externe Analyse, welche die Konferenz im Frühjahr in Auftrag gegeben hatte. Wie aus einer Medienmitteilung hervorgeht, untersuchte diese die Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken einer engeren Zusammenarbeit. Das Ergebnis: Die bisherigen Kooperationen bilden eine gute Grundlage, es besteht jedoch weiteres Potenzial.

Als Beispiel für eine bereits funktionierende Zusammenarbeit nennt Meier auf Anfrage das interdisziplinäre Tumorboard. Das Spital Schwyz führt wöchentlich unter anderem mit dem Luzerner Kantonsspital und Fachpersonen anderer Spitäler ein solches durch, um individuelle und bestmögliche Therapiekonzepte für Krebspatienten festzulegen. Bei solchen Konferenzen beraten Fachpersonen verschiedener medizinischer Disziplinen gemeinsam über die Behandlung von Krebspatientinnen und -patienten. Dabei werden Befunde ausgetauscht und gemeinsam geeignete Behandlungsmöglichkeiten besprochen.

Gemeinsames Bekenntnis aller sechs Kantone

Bemerkenswert sei für Meier der gemeinsame Entscheid der sechs Kantone, die Zusammenarbeit künftig zu verstärken. «Ich bin mir nicht sicher, ob ein solches Bekenntnis vor 20 Jahren schon möglich gewesen wäre», sagt der ZGDK-Präsident. Entscheidend sei nun, dass alle Beteiligten bereit seien, gemeinsam voranzugehen.

Dabei gehe es nicht etwa um eine grundlegende Neuordnung der Spitallandschaft durch beispielsweise Spitalfusionen. Vielmehr wolle man die Gesundheitsversorgung insgesamt betrachten und über Kantonsgrenzen sowie medizinische Fachgebiete hinweg voneinander profitieren. Bestehende Kooperationen könnten weiterentwickelt und zusätzliche Möglichkeiten der Zusammenarbeit geprüft werden.

Auch an der regionalen Grundversorgung soll sich dadurch nichts verschlechtern. «Eine starke Grundversorgung muss weiterhin in allen Regionen der Zentralschweiz gewährleistet sein», sagt Meier. Welche Bereiche sich konkret für eine engere Zusammenarbeit eignen, wird nun weiter geprüft. Meier betont, dass es für konkrete Aussagen zu einzelnen Vorhaben noch zu früh sei.



Die Zentralschweizer Kantone wollen im Gesundheitswesen enger zusammenarbeiten, wobei konkrete Schwerpunkte noch geprüft werden. Bild: Keystone